Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis wöchentl. 3.50 M, monatl. 15.— M, vorauszahlbar frei ins Haus. Zur Abholer 13.— M.
Redaktion Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 30 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 40 ₰.

Anzeigen die 6gespaltene Petitzeile 4.50 M. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 3.— M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 2.75 M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 566. Sonntag, den 4. Dezember 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Die Krankheit.

Das Deutschland von heute gleicht einem Kranken, an dessen Lagerstatt die Aerzte ratlos sind. Die Diagnose ist eindeutig, die Krise latent; keiner kann sagen, ob und wie der Patient aus ihr hervorgehen wird. Verantwortungsvolle schweigen in solchem Moment, wer ihn zu lautem Getön nutzt, zieht sich den Verdacht zu, nicht uninteressiert an diesem oder jenem Ausgang der Krankheit zu sein. Die Diagnose lautet auf Krieg-Niederlage-Finanzruin. Krankheitserreger sind Imperialismus und Militarismus, Ohnmacht und Machtwahn, zum dritten Punkt mit einem Wort: Helfferichpolitik gewesen. Die Krise ist an den Noten der Reparationskommission und am Dollarstand abzulesen. Wer sich, seine Volksgenossen und sein Land liebt, hat in solcher Lage nicht viel mehr zu tun, als der der gesunden Struktur des Kranken vertrauende und ihrem Siege vorarbeitende Arzt. Der Quacksalber, der geschäftige Mittelchen empfiehlt, um davon zu profitieren, der seine Rechnung überlaut Präsentierende, dem die Krankheit in die Rechnung pfuscht, und der mit Radikalkuren, vielleicht nackten Schneebädern, dem mit dem Tode Ringenden zu Leibe will — sie sind in gleicher Weise fehl am Ort. Und der es nicht ist, dem nützt alles Verantwortungsbewußtsein nichts, da ihm die Mittel fehlen.

•

Man hat sich allgemach gewöhnt, die wirtschaftspolitische Situation Deutschlands danach zu beurteilen, welchen Wert die Mark hat. Ist dieses Auskunftsmittel auch allzu oft trügerisch — man denke nur an die starken Schwankungen der Valuta in den letzten Tagen —, so bietet es doch immerhin eine ähnliche Handhabe wie dem Arzte der Pulsschlag. Wie das zirkulierende Blut ein Gesundheitsmesser ist, so wird am Werte des öffentlichen Tauschmittels, am Gelde, offenbar, in welcher Lage das wirtschaftliche Leben eines Landes ist. Der Dollar, im Frieden eben über 4 M. geltend, stand vor einem Jahre noch auf rund 70 M. und hatte sich bis zum August auf 80 gehalten. Die damals beginnende Entwertung unseres Zahlungsmittels, die noch in frischer Erinnerung ist, brachte den Dollar am 8. November auf seine höchste Stufe, 310, die Mark war nicht viel mehr als einen Pfennig wert. Regierungskrisen, Zahlungsforderungen, wer wollte heute noch im einzelnen die Ursachen der sich verschlimmernden Krankheit aufzählen! Der Berliner Besuch der Reparationskommission — wir ersparen es uns, den Vergleich auf sie zu erstrecken — bezeichnet den Weg nach oben, den die Mark dann nahm; das in Aussicht stehende Moratorium bewirkte den Dollarsturz, der hier ausführlich gewürdigt wurde. Heute hält sich der Dollar eben über 200, die Mark ist nicht ganz 2 Pfennige wert. Geht es abwärts, aufwärts? Das Geschäft haben die Spekulanten gemacht, und die großen Quacksalber, die dem Kranken die Gliedmaßen amputieren wollen, die Herren der Industrie mit ihren Forderungen, sie — warten ab.

•

In Hamburg haben die Auslandsdeutschen einen großen Kongreß abgehalten. Der Arbeiterleser hat bereits erfahren, daß es sich bei dieser mit viel Geräusch verbundenen Angelegenheit nicht darum etwa gehandelt hat, daß die im Ausland lebenden oder mit dem Ausland arbeitenden Volksgenossen beratschlagten, wie kraft ihres besseren Valutabesitzes Deutschland zu helfen sei, sondern daß es sich im wesentlichen für die Auslandsdeutschen darum handelte, Gläubigerforderungen geltendzumachen. Zweifellos sind wesentliche Teile der Auslandsdeutschen schwer geschädigt und ihre Ersatzansprüche berechtigt. Kann das aber darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei ihrer Mehrheit um Kapitalisten handelt, die sich wahrlich patriotischerweise eine andere Stunde aussuchen sollten, um den Schadenersatz, mag er noch so berechtigt sein, anzumelden? Kann das darüber hinwegtäuschen, daß es sehr unpassend ist, mit wehender Kaiserflagge im Kontor der Republik mit der quittierten Note zu erscheinen? Ist wirklich die kleine schwarz-rot-goldene Ecke, als Zeichen des neuen Staates (der das Geld bezahlen soll!), ist wirklich diese Ecke im schwarz-weiß-roten, der Handelsflagge zugebilligten Tuche so furchtbarlich, daß man darüber Gewalt schreit? Wir sagen zu alledem: Nein! Und am 1. Januar wird denn auch die neue Handelsflagge in Kraft treten: Trotzalledem.

•

Herr Eberlein, den die medizinische Fakultät der Moskauer Universität, um ein Pendant zu Ludendorff zu schaffen, zum Dr. med. honoris causa ernennen sollte, hat im März dieses Jahres mit ein paar Dynamitpulvern eine Doktor Eisenbart-Kur an dem kranken Deutschland vornehmen wollen. Man hat ihn hinausgeworfen, aber obschon noch heute die traurigen Folgen seines Vorgehens bemerkbar sind, erfreut er am heutigen Vormittag in unseren Mauern andächtige Zuhörer mit seinen Irrlehren. Mit Irrlehren, die ausgerottet werden müssen aus den Hirnen, wenn planmäßig an einer Neugestaltung unseres ganzen Lebens gearbeitet werden soll. Mit Irrlehren, denen die Anhänger des Ehrendoktors von Königsberg nachgehen, mit Irrlehren, die uns ruiniert haben, deren Anwendung von der anderen Seite her Rußland ruiniert hat und die das, was von Deutschland noch lebt, völlig auslöschen würden. Es ist ein Irrsinn, einen Menschen, der sich in Fieberkrämpfen schüttelt und am Tore des Todes steht, in eisigen Schnee zu legen. Wer dem deutschen Volk in seiner schweren Krankheit zur Gewalt rät, ist ein Narr, und wer sie anzettelt, geflissentlich die Brandfackel in das schwanke Gebäude wirft, ein Verbrecher. Wenn er noch willige Ohren findet, wenn die Narren heute zahlreicher sind als zu normalen Zeiten, wenn ein Ludendorff und ein Eberlein Publikum finden, dann liegt es daran, daß ein kranker Körper auch den Sinn verwirrt.

•

Soll man „Wann wird der Retter kommen diesem Lande" deklamieren? Wir meinen nicht. Aber die Wahrheit, die Vernunft muß heraus unter die Menschen. Denn wir glauben nicht daran, daß diese Krankheit mit dem Tode Deutschlands unter den Völkern endet, glauben nicht daran, daß Habgier und Unverstand sich paaren, um sich stärker zu erweisen als der Lebenswille der großen Masse des Volkes. In sie müssen immer wieder außer dem lebensstarken Glauben an einen Wiederaufstieg hinausgetragen werden der Aufruf zur Besinnung auf unsere Lage und der Hinweis auf die rechte Anwendung jener Kräfte und Werte, die dem noch so erkrankten Lande geblieben sind. Diese verantwortungsbewußte Arbeit ist die Aufgabe einer von Eigennutz und fremdem Einfluß freien, unabhängigen Presse. Auch sie ist aufs ärgste in Mitleidenschaft gezogen durch die allgemeine Katastrophe. Die Preise steigen ins Horrende, und im Augenblick kommt eine widrige Transportnot hinzu, die dem Bestreben der Volksaufklärung in den Rücken fällt. Als 1918 der Zusammenbruch des Krieges die Krise heraufbeschworen hatte, die erst heute sich auswirkt, als in jenen Novembertagen Deutschland plötzlich mündig wurde, waren es die Arbeiter, die in die Räder sprangen und ihre Kraft einsetzten für das Wohl des Landes. Deutschland wird gesunden, wenn sie zusammenstehen und den gesunden Sinn, die opfervolle Arbeit, die gleichzeitig das Werk ihrer Befreiung ist, fortsetzen und wenn ihr Einfluß, wenn ihre Presse machtvoll und kräftig bleibt.

Der Stand der Reparationskrise.

SPD. Berlin, 3. Dezember. (Drahtbericht.)

Die Kreditverhandlungen in London sind noch in der Schwebe. Trotzdem aber bemüht sich die rechtsgerichtete Presse unter Aufbietung aller Kräfte nicht nur, die Londoner Verhandlungen zu sabotieren, sondern auch zu einer neuen Entwertung der Mark beizutragen. Nichts scheint den Rechtsradikalen unangenehmer zu sein, wie ein Kreditabschluß zugunsten Deutschlands. Insbesondere streitet man sich jetzt bereits 2 Tage damit herum, was Deutschland am 1. Dezember zu zahlen hätte, ob es tatsächlich 91 Millionen Goldmark zahlen müßte oder nicht. Wir haben bereits vor einigen Tagen gemeldet, welche Summe am 1. Dezember bezahlt werden müßte, und wir haben heute aus erklärlichen Gründen keinen Anlaß, nochmals festzustellen, was bisher von der Reichsregierung gezahlt worden ist und was nicht gezahlt worden ist. Die Zeit wird kommen, wo Aufklärung erfolgt, was zu zahlen war und nicht gezahlt worden ist, und man sollte zumal in der bürgerlichen Presse doch endlich schweigen über Dinge, die nur dem Kursstand schaden können.

Inzwischen ist eine neue Note der Reparationskommission angekündigt worden, nach der Deutschland gefragt werden soll, was es bisher unternommen hat, um die Reparationsverpflichtungen sicherzustellen. Trotzdem aber darf das Reichskabinett nicht warten, bis die Situation noch ungeklärter wird und darf seine Maßnahmen nicht auf Vermutungen einstellen. Was jetzt notwendig erscheint, sind Maßnahmen und sind Beweise, daß Deutschland alles tut, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Eventuell muß die Regierung Maßnahmen androhen, um eventuell die Industrie zur Hergabe der Devisen zu zwingen, und sie darf weiter nicht vor Maßnahmen zurückschrecken, um durch Sachwerte eine Deckung der uns eventuell zugestandenen Kredite zu geben.

Die Stimmung in Frankreich, die sich anfangs gegen ein Kreditabkommen bezw. gegen ein Moratorium richtete, ist nach der Ankunft Briands wesentlich anders geworden. Wenn man auch nicht sagen kann, daß die französische Presse sich jetzt mit einer Stundung der Verpflichtungen bezw. einer Kreditbeschaffung abfindet, so ist doch immerhin bemerkenswert, daß die krasse Ablehnung in den einzelnen maßgebenden Blättern aufgehört hat, und daß man nun lediglich von Bedingungen spricht, die an eventuelle Zugeständnisse an Deutschland in finanzieller Hinsicht geknüpft werden sollen. Nach den neuesten Informationen des „Temps" will England ein Moratorium von 3 bis 4 Jahren vorschlagen und Frankreich als Entschädigung anbieten, daß es in dieser Zeit Abzahlung aus Lieferungen und Leistungen erhalten soll. Man muß abwarten, inwieweit sich diese Informationen bewahrheiten; jedenfalls ist etwas Wahres daran, und sie zeugen von der guten Absicht der englischen Regierung, die zweifellos besteht.

Thomas in Berlin.

SPD. Berlin, 3. Dezember. (Drahtbericht.)

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, weilt zurzeit in Berlin, um bei der Regierung wegen der Durchführung des Washingtoner Abkommens vorzusprechen. Thomas ist der Auffassung, daß die deutsche Regierung weit eher in der Lage ist, wenigstens einen großen Teil der Beschlüsse der Arbeitskonferenz durchzuführen, als das in gewissen Ländern der Fall ist. Gelegentlich seines Besuches in Berlin verhandelte er mit dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem Genossen Leipart. Thomas lenkte die Aufmerksamkeit Leiparts insbesondere auf die Bedrohung des Achtstundentages, nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern Ländern Europas. Von den Industriellen der verschiedenen Länder würden augenblicklich Angriffe gegen den Achtstundentag unternommen, so daß Gegenaktionen der Gewerkschaften notwendig erscheinen. Es wäre angebracht, wenn auch der ADGB. bald zu den Angriffen des Kapitals Stellung nehmen würde, um gegen eventuelle Pläne der Industriellen gewappnet zu sein.

Einst und jetzt.

Die deutschnationalen Legenden von den Ministergehältern in der Republik werden von dem „Berliner Tageblatt" endgültig erledigt: Vor allem sei festgestellt, daß kein einziger der früheren republikanischen Minister oder Kanzler, mit Ausnahme Fehrenbachs, heute eine Pension bezieht. Dieses gilt sowohl von den Gewerkschaftssekretären, wie von den Rechtsanwälten, die Kabinettsmitglieder gewesen sind. Weder der ehemalige Reichsschatzminister Blunck, noch der preußische Minister des Innern, Heine, beziehen einen Pfennig Ruhegehalt. Die früheren Reichskanzler Scheidemann, Bauer und Hermann Müller, haben seit den Tagen ihres Ausscheidens nicht nur keine Pension oder Uebergangsgelder erhalten — verschiedene von ihnen und den andern Ministern hatten sogar noch zuviel erhaltene Beträge zurückzuerstatten. Mit dem Tage, mit dem heute ein Minister aus seinem Amte scheidet, erhält er keinerlei finanzielle Entschädigungen vom Staate mehr. Damit entfällt also auch die Behauptung der Rechtspresse, daß die Häufigkeit des Ministerwechsels eine stärkere Belastung der Steuerzahler bedeutet . . . .

Vergleicht man weiter die Wirtschaft des alten und des heutigen Regimes hinsichtlich der Höhe der gezahlten Ministergehälter, so genügen einige Beispiele, um die Ersparnisse, die jetzt gegenüber den ehemaligen Verhältnissen gemacht werden, zu beweisen. Während die Zivilliste des Kaisers 18 Millionen Goldmark jährlich betrug, empfängt Reichspräsident Ebert nach der neuen und erhöhten Besoldungsvorlage 300 000 M Gehalt und 400 000 M, das heißt Papiermark, Aufwandsentschädigung. Seine bisherigen Bezüge blieben hinter diesen Beträgen noch zurück. Die Reichs- und preußische Regierung, einschließlich des Reichspräsidenten, erhalten zusammen etwa ein Drittel des Gehalts, das der frühere Kaiser allein bezog. Die Mitglieder der beiden Kabinetts, etwa 20 Personen und der Reichspräsident haben nämlich zusammen ungefähr 5 Millionen Mark, dabei muß hervorgehoben werden, daß der Minister jetzt, wie jeder Bürger, von seinem Einkommen Steuern bezahlt. So zahlt zum Beispiel der preußische Minister von seinen 220 000 M jährlich 95 000 M Steuer. Früher hingegen waren die Minister bekanntlich bei der Steuerzahlung erheblich begünstigt, der Kaiser und sein ganzes Haus steuerfrei.

Ein Rückzieher.

Der kommunistische Bezirksleiter von Halle, Schmidt, dessen Bericht über die Märzaktion sich bei den bei Klara Zetkin beschlagnahmten Enthüllungen befand, erklärt jetzt, glücklich nach 8 Tagen in der „Roten Fahne", daß der Bericht gegen seinen Willen und höchstwahrscheinlich von dritter Hand nachträglich verfaßt worden ist.

Schon die lange Zeitdauer, die Schmidt gebraucht hat, um sich zu einer derartigen Erklärung zu entschließen, läßt es als wahrscheinlich erscheinen, daß die Erklärung entweder von gewisser Seite erpreßt, oder von Schmidt entgegen den Tatsachen aufgestellt worden ist. Aber ganz abgesehen davon, noch bevor Schmidt an eine Erklärung dachte, hat der kommunistische Zentralvorstand in der „Roten Fahne" die Echtheit der Berichte zugestanden und gleichzeitig mitgeteilt, daß die Berichterstatter von dem Zentralausschuß protokollarisch vernommen worden sind. Nichts war davon zu lesen, daß Schmidt bei der protokollarischen Vernehmung den Bericht als nicht aus seiner Hand stammend bezeichnete. Sicherlich werden die Kommunisten nach dieser Feststellung Rechtfertigungsversuche an den Tag bringen, die uns jedoch nicht zu überzeugen vermögen.

Chinas Anklage.

WTB. Washington, 3. Dezember.

Der Ausschuß für den fernen Osten erörterte die Frage der chinesischen Pachtgebiete. Die Diskussion konzentrierte sich auf eine von der chinesischen Delegation eingebrachte Denkschrift, in der der chinesische Standpunkt folgendermaßen dargelegt wird: 1. Die Initiative bei der Forderung von Pachtgebieten in China sei auf Deutschland zurückzuführen. Sie gleicht dem Straßenraub. Diese Initiative hat zum Kampf um Konzessionen und Interessenzonen und beinahe zur Zerstückelung Chinas, sowie zur unglückseligen Episode des Boxeraufstandes geführt. Diese ungerechte Politik hatte ungerechte Ergebnisse zur Folge.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist für Mittwoch zu einer Sitzung nach Berlin berufen worden. Zweck der Sitzung ist eine Aussprache über die politische Lage und die künftige Haltung der Reichstagsfraktion bezüglich der Steuerfragen.

Aerzte und Krankenkassen.

Vom Krankenkassen-Ausschuß hamburgischer Krankenkassen werden wir um Aufnahme des Folgenden ersucht:

Die Vereinigung der Krankenkassenärzte Groß-Hamburgs hat in der hiesigen Presse einen Aufsatz über die Wirtschaftslage der Aerzteschaft veröffentlichen lassen, welcher geeignet ist, über die Honorierung der Kassenärzte Groß-Hamburgs bei dem Publikum eine vollständig falsche Auffassung aufkommen zu lassen. Es seien uns daher nachstehende Ausführungen gestattet. Die Aerzte unterlassen es bewußt, die Oeffentlichkeit über das Grundübel ihres Berufes aufzuklären, wodurch insbesondere auch die wirtschaftliche Lage der Aerzte im wesentlichen mit beeinflußt wird. Der ärztliche Beruf ist seit Jahren überfüllt, ohne daß die Aerzteschaft bisher für Abhilfe eingetreten ist. Die übergroße Zahl der Aerzte verlangt naturgemäß Beschäftigung, und von den Krankenkassen wird nun ohne weiteres verlangt, daß sie die gesamten Aerzte in Beschäftigung stellen und selbstverständlich auch angemessen honorieren. Die Propaganda der Aerzteschaft für die freie Arztwahl darf als bekannt vorausgesetzt werden. Durch die systematische Propaganda ist auch in den Kreisen der Kassenmitglieder der Glaube groß gezogen, daß nur auf diese Weise eine vernünftige ärztliche Versorgung gewährt werden kann. Die Erfahrungen, die die Krankenkassen auf diesem Gebiete gesammelt haben, lassen aber ohne weiteres erkennen, daß dieses System wohl im Interesse der Aerzte, aber nicht ohne weiteres im Interesse der Versicherten liegt. Doch darüber ein anderes Mal. Durch diese Verhältnisse wird nicht mehr und nicht weniger verlangt, daß die Krankenkassen nicht nur eine Versicherung für die Mitglieder, sondern in erster Linie eine Versicherung für erwerbslose oder nicht vollbeschäftigte Aerzte sein sollen. Die ärztlichen Organisationen haben sich in letzter Zeit häufig als Gewerkschaft bezeichnet, aber wohl lediglich, weil der Ausdruck modern geworden ist, da die Grundlagen und ihre Zwecke mit den Prinzipien der Arbeiter-Gewerkschaften gar nichts gemein haben. Wären sie nämlich tatsächlich Gewerkschaften, so hätten sie längst Maßnahmen veranlassen müssen, welche dem durch die Ueberfüllung des Berufes hervorgerufenen Notstand auf andere Weise abhelfen, als daß nun stets von den Kassen dementsprechend die Einstellung weiterer Aerzte und ständige Erhöhung des Honorars verlangt wird. Die Aerzte wehren sich auch dagegen, ob mit Recht oder Unrecht, soll hier im Augenblick nicht weiter ausgeführt werden, festbesoldete Aerzte der Krankenkassen zu werden, sondern wollen ihre Tätigkeit als freier Beruf auch für die Krankenkassen ausüben. Die Krankenkassen sind aber viel leichter in der Lage, eine genügend große Zahl von Aerzten mit einem auch nach Ansicht der Aerzte durchaus angemessenen, festen Jahreshonorar zu beschäftigen. Unter diesen so angestellten Aerzten könnte, ebenfalls wie heute, die freie Wahl den Patienten freigestellt werden. Die Klage der Aerzte über unangemessene Bezahlung, würde dann wohl überhaupt nicht vorhanden sein, sicher wäre ihr aber leichter durch entsprechende Regulierung des festen Jahresbezuges abzuhelfen. In Groß-Hamburg sind zurzeit zirka 550 Kassenärzte zugelassen, während dann 250 bis 300 ausreichend sein könnten, vielleicht noch weniger, wenn eine zweckentsprechende Verteilung auf die einzelnen Bezirke vorgenommen würde, während heute trotz alledem bei manchem Kassenarzt noch 2 bis 3 Stunden oder länger in der Sprechstunde gewartet werden muß, ohne daß die Kassen hiergegen nennenswerte Abhilfe schaffen können.

Aus diesen kurzen Angaben ist zu ersehen, daß nicht die bösen Krankenkassen es sind, welche den Aerzten keine angemessenen Honorare bezahlen wollen, sondern daß dafür ganz andere Verhältnisse in Betracht kommen. Die Krankenkassen müssen selbstverständlich mit ihren Finanzen rechnen, sind auch nicht in der Lage, ihre Beiträge à tempo zu erhöhen oder die Leistungen herabzumindern. Die Krankenkassen Groß-Hamburgs haben im Jahre 1920 an Arzthonorar rund 18 Millionen Mark bezahlt und werden für dieses Jahr zirka 26 Millionen Mark aufzubringen haben. Ab 1. Juli d. J. ist das Honorar um zirka 10 % erhöht worden und die Bezahlung der Arzthonorare für Notbehandlungen und für die außerhalb des Kassenbezirks wohnenden Mitglieder übernommen. Hierfür müssen die Kassen zirka eine Million extra bezahlen. Die Verhandlungen über eine weitere Erhöhung haben bisher nicht stattgefunden, da zunächst der zentrale Schiedsspruch abgewartet werden sollte. Es sei allerdings bemerkt, daß dieser Schiedsspruch für das Vertragsverhältnis Groß-Hamburg nicht in Betracht kommt, sondern von den Aerzten lediglich als Richtschnur benutzt werden sollte. Demgemäß hat auch die Vereinigung der Krankenkassenärzte Groß-Hamburgs erst mit Schreiben vom 26. November d. J. ihre Forderung überreicht. Die Instanzen des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen konnten dem Schiedsspruche, welcher von „drei hohen Beamten" des Reichsarbeitsministeriums gefaßt wurde, in der beschlossenen Form die Zustimmung nicht geben, da derselbe u. a. zu sehr generalisiert, wodurch viele Kassen einfach dem finanziellen Ruin entgegengeführt würden, wenn sie das Arzthonorar nach dem Schiedsspruche zahlen müßten. Wenn die Vereinigung der Krankenkassenärzte Groß-Hamburgs eine solche pflichtgemäße Prüfung als „gegen die guten Sitten verstoßend" bezeichnet, zeigt sie nur, wie wenig die Aerzte auf die finanziellen Verhältnisse der Kassen Rücksicht nehmen. Diese Tatsache wird auch täglich durch eine große Zahl von Kassenärzten bewiesen, welche in bezug auf die Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit und in der Verordnung von Arzneien geradezu eine Vergeudung der Kassenmittel betreiben. Mit Einzelheiten könnte gedient werden. Die Kassenärzte haben es bekanntlich in der Hand, durch ihre Anordnungen über den größten Teil der Ausgaben der Krankenkassen zu verfügen. Vielleicht bezeichnet die Vereinigung der Krankenkassenärzte Groß-Hamburgs solches Verhalten so mancher Kassenärzte auch als unmoralisch.

Die Krankenkassen haben stets den Aerzten ein angemessenes Honorar im Rahmen ihrer Leistungsmöglichkeiten zugestanden und werden das auch trotz alledem für die Folge tun.

Einen Vergleich zu ziehen zwischen den Kassenangestellten und den Kassenärzten ist ganz unangebracht, da es natürlich ein Unterschied ist, ob „Festbesoldete" oder die Honorierung eines freien Berufes in Frage kommt. Nebenbei sei bemerkt, daß die Gehälter der Krankenkassenangestellten auch nie über das normale

Für unsere Frauen

Will sehen, was ich weiß vom Büblein auf dem Eis.

Gefroren hat es heuer,
noch gar kein festes Eis.
Das Büblein steht am Weiher
und spricht so zu sich leis':
„Ich will es einmal wagen,
das Eis, es muß doch tragen." —
Wer weiß?

Das Büblein stampft und hacket
mit seinem Stiefelein.
Das Eis auf einmal knacket,
und krach! Schon bricht's hinein.
Das Büblein platscht und krabbelt
als wie ein Krebs und zappelt
mit Schrein.

„O helft, ich muß versinken
in lauter Eis und Schnee!
O helft, ich muß ertrinken
im tiefen, tiefen See!"
Wär' nicht ein Mann gekommen,
der sich ein Herz genommen,
o weh!

Der packt es bei dem Schopfe
und zieht es dann heraus,
vom Fuße bis zum Kopfe
wie eine Wassermaus.
Das Büblein hat getropfet,
der Vater hat's geklopfet —
zu Haus.

Friedrich Güll.

Uneheliche Mutterschaft und Dienstentlassung.

In der letzten Gesamtvorstandssitzung des Deutschen Bundes für Mutterschutz, die in Berlin stattfand, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen und an die maßgebenden Instanzen weitergegeben:

Verschiedene Vereinigungen weiblicher Beamten haben Entschließungen dahin gefaßt, daß die außereheliche Mutterschaft einer Beamtin ihre Entlassung aus dem Dienstverhältnis rechtfertige.

Demgegenüber erklärt die in Berlin tagende Hauptversammlung des Deutschen Bundes für Mutterschutz:

Die Dienstentlassung von Beamtinnen lediglich aus dem Grunde der außerehelichen Mutterschaft ist sozial und sittlich verwerflich und widerspricht der Verfassung des Deutschen Reiches.

Artikel 119 Absatz 3 der Reichsverfassung lautet: „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates."

Es darf daher keine Beamtin von Staats wegen um ihrer Mutterschaft willen brotlos gemacht werden und gerade des Schutzes und der Fürsorge, deren sie als Mutter bedarf, beraubt werden.

Artikel 121 lautet: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen."

Daher dürfen die außerehelichen Kinder von Beamtinnen nicht von Staats wegen durch die Dienstentlassung der Mutter um der Mutterschaft willen der Not und Verelendung preisgegeben werden.

Nach Artikel 128 der Reichsverfassung sind alle Staatsbürger, unter Beseitigung aller Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte, entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu öffentlichen Aemtern zuzulassen.

Es ist hiernach klar, daß bei den weiblichen Beamten die Mutterschaft als solche nicht als Entlassungsgrund herhalten darf, um so weniger als bei den männlichen Beamten die außereheliche Vaterschaft nie als Entlassungsgrund herangezogen wird. Die Dienstentlassung von Beamtinnen wegen ihrer Mutterschaft vermag lediglich einer doppelten Moral Vorschub zu leisten und die Existenzbedingung für Mutter und Kind zum Schaden auch der Allgemeinheit herabzusetzen.

Die Versammlung erwartet, daß hiernach den Wünschen der eingangs erwähnten Vereinigungen nicht entsprochen werden wird und die zuständigen Dienststellen angewiesen werden, das Verhalten gegen weibliche Beamte nur von ihrer Befähigung und ihren Leistungen und bezw. von den für beide Geschlechter in gleicher Weise geltenden gesetzlichen Bestimmungen abhängig zu machen.

An Euch, Ihr Jugendlichen!

Ihr habt uns oft gerufen, Euch zuzuschauen, wenn Ihr einen fröhlichen Abend verleben wolltet, und manches Mal haben wir uns mit Euch gefreut, wenn Ihr mit Spiel, Gesang und Tanz Euch ein paar heitere Stunden verschafftet. Nun aber sind einige von Euch zu uns älteren gekommen und haben uns die Stunden der Erholung mit ihrem Frohsinn verschönt. Er wird uns unvergeßlich bleiben, der gemütliche Abend der Frauenkonferenz!

Wißt Ihr auch, wieviel Ihr uns gewesen seid an diesem Abend? Wir hatten uns mit den ernsten Fragen der Politik beschäftigt. Neue Wege zur gemeinschaftlichen Arbeit sind gezeigt worden, die uns bessere Zeiten bringen sollen, die uns hinführen sollen zum Sozialismus, zum sozialistischen Menschen. Die Not der Zeit lag schwer lastend auf unserer Seele.

Da kamt Ihr. Und es war, als riefet Ihr uns zu: „Da sind wir, für die Ihr sorgt und arbeitet, für die Ihr kämpft um ein besseres Leben." Und Ihr tanztet! Barfuß tanztet Ihr in leichtem, schlichtem Kleid, mit leichter, unbeschwerter Seele voll Jugendlust und Frohsinn. Lachend und singend, mit geröteten Wangen, mit hellglänzenden Augen, so tanztet Ihr, ganz beseelt von dem Gedanken: „Wir sind jung, und das ist schön!"

Und Euer Lebenswille, Euer Lebensmut machte unsere Herzen rascher schlagen und gab auch uns frischen Mut zu neuer Arbeit. Voll Freude erkannten wir die fruchtbringende Arbeit vergangener Zeit. Begeisterung ergriff auch uns älteren, als Ihr mit frischer, heller Stimme sangt: „Mit uns zieht die neue Zeit!" Welche Freude für den, der mit hat helfen dürfen, Euch den Weg frei zu machen, eine glückliche, frohe Jugend zu sein, die so schön ist in ihrer schlichten Anspruchslosigkeit. Ihr seid erst der Anfang einer neuen Zeit. Helft fleißig mit, die Jugend froh und glücklich zu machen! Gebt von Eurem Frohsinn an solche, die ihn nötig haben, und wärmt die liebeleeren Herzen mit dem goldenen Sonnenschein, der Euch aus den Augen leuchtet!

Anna Wendt.

Schenkt Bücher zu Weihnachten!

Weihnachten, das Fest der Freude am Schenken, ist nahe! „Was sollen wir schenken?" „Was wird dem andern Freude machen?" so fragt sich wohl mancher.

„Ein gutes Buch!" das sei die Antwort auf diese Frage. Wenn Vater und Mutter im Winter am Sonntagabend ihre Mußestunden verleben, dann wird ihnen das Buch ein guter Erzähler sein. Und wenn dann die Kinder, vom Spiel ermüdet, hereinkommen und auch teilhaben wollen an dem gemütlichen Abend, da holt man ein Buch hervor, das für alle verständlich ist. Aus diesem wird der Vater oder eins der Kinder dann vorlesen, und Mutter holt den unerschöpflichen Flick- und Stopfkorb hervor, und das Hören auf die Geschichte macht ihr die Arbeit leicht.

Müssen die Kleinen des Wetters wegen und weil es im Winter so früh dunkel ist, zu Hause bleiben, da wird ihnen das Bilderbuch eine große Freude machen.

Für alle, die mit der Zeit nichts anzufangen wissen, für alle, die ihr Wissen bereichern wollen, ist ein passendes Buch ein guter Lehrmeister.

Aber auch die, die von trüben Gedanken geplagt sind, die, von Kummer und Sorge bedrückt, ihre frohe Stimmung verloren haben, sie finden in dem Buche einen treuen Freund, der sie aufzuheitern vermag. Ein Buch voll gesunden Humors, voll heiterer, lustiger Erzählungen wirkt heilend für die kranke Seele. Ein gutes Buch ist ein passendes, wertvolles Weihnachtsgeschenk für jeden.

Die Genossen und Genossinnen vom Distrikt Fuhlsbüttel finden heute, Sonntag, Gelegenheit, bei Fick, Erdkampsweg, ihren Bedarf an guten Büchern zu decken!

Anna Wendt.

Frauenversammlung:

Eilbeck (Bezirk 257), Hammerstraße und Holstenstraße. Genossinnen, vergeßt nicht unsern Frauenabend, der am Donnerstag, 8. Dezember, 8 Uhr abends, bei Rolfing, Ecke Menkes- und Pappelallee, stattfindet. Geplant sind verschiedene schöne Vorträge, die uns Weihnachtsstimmung bringen sollen. Denkt auch an Euer Versprechen, recht eifrig werben und „unsern Abend" zu unser aller Freude machen zu wollen.